

Dirk Halm und Yunus Ulusoy

Einstellungs- und Konfliktmuster bei politisch engagierten Türkeistämmigen in Deutschland

Zusammenfassung

Auf der Grundlage von sieben Gruppendiskussionen werden politische Einstellungen und Konflikte in der türkischen Community in Deutschland exploriert. Dabei erweist sich, dass Einflüsse und Konflikte des Herkunftslandes zwar eine Rolle spielen, in der Wanderungssituation aber Veränderungen unterliegen. Dieser Befund steht im Gegensatz zur verbreiteten öffentlichen Wahrnehmung, die einen ›Konfliktimport‹ aus der Türkei nach Deutschland und damit verbunden desintegrative gesellschaftliche Entwicklungen fürchtet. So vermischen sich auf die Türkei bezogene politische Einstellungen mit Benachteiligungserfahrungen in Deutschland und es entwickeln sich Konflikte, die nur vor dem Hintergrund der Wanderungssituation verständlich werden. Dies gilt sowohl für Konflikte innerhalb der Gruppe als auch in der Interaktion mit dem politischen Mainstream in Deutschland.

Die Ergebnisse sind unter anderem an die politische Bildung anknüpfbar: Politische Interessen und Beteiligungsbedarfe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind aufgrund bleibender grenzüberschreitender Orientierungen spezifisch, während zugleich der Erfolg von politischen Bildungsmaßnahmen nicht ohne Berücksichtigung der von Eingewanderten in Deutschland erfahrenen Benachteiligung zu gewährleisten ist.

Schlagwörter

Transnationalismus, Konflikte, politische Einstellungen, Türkeistämmige, Deutschland

Apl. Prof. Dr. Dirk Halm
Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI), Essen

Yunus Ulusoy
Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI), Essen

Zeitschrift für Migrationsforschung – Journal of Migration Studies 2022 2 (1): 35–60,
<https://doi.org/10.48439/zmf.v2i1.142>

Patterns of Attitudes and Conflict among Politically Engaged Citizens of Turkish Origin in Germany

Abstract

Political attitudes and conflicts in the Turkish community in Germany are explored on the basis of seven group discussions. It emerges that influences and conflicts from the country of origin do play a role, but undergo changes during migration, in contrast to the widespread public perception involving fears of a ›conflict import‹ from Turkey to Germany and associated social trends of de-integration. Accordingly, political attitudes which relate back to Turkey mix with experiences of discrimination within Germany, and conflicts develop that can only be understood against the background of migration. This applies both to in-group conflicts and in interactions with the political mainstream in Germany.

Amongst other things, these findings can be linked to civic education: people with a migrant background retain attitudes and affiliations from their home countries, which do give them specific political interests and demands for involvement; at the same time, success cannot be secured for civic education measures without taking into account the discrimination that immigrants have experienced within Germany.

Keywords

Transnationalism, conflict, political attitudes, Turkish community, Germany

* * * * *

1 Einleitung

Wie andere Aspekte der Integration von Einwanderer*innen ist auch die politische Beteiligung Entgrenzungen bzw. Transnationalisierungen unterworfen (vgl. Mügge 2016). Der nationale Rahmen allein ist mithin für das Verständnis von Integrationsprozessen nicht hinreichend. Oft führt dieser Umstand zu Konflikten: So wie im schulischen Kontext der Stellenwert der Herkunftssprachen jahrelang intensiv diskutiert wurde, so wird momentan grenzüberschreitendes politisches Engagement problematisiert, wobei Türkeistämmigen die Rolle von Protagonist*innen zukommt. Sichtbares Engagement für politische Belange der Türkei (noch mehr aber die in Teilen der türkeistämmigen Gruppe in Deutschland offenbar vorhandene Sympathie für den türkischen Staatspräsidenten Erdoğan) wecken Misstrauen seitens

der ›Aufnahmegesellschaft‹. Die Loyalität von deutschen wie nichtdeutschen Türkeistämmigen zu Deutschland und auch ihre generelle ›Integrationsfähigkeit‹ werden in Frage gestellt. Im ›Import‹ von Konflikten aus der Türkei nach Deutschland wird eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gesehen (vgl. Sauer und Halm 2018, S. 493–495). Tatsächlich ist die Situation aber komplizierter: Das Interesse an der politischen Entwicklung in der Türkei steht kaum im Zusammenhang mit dem Prozess der Sozialintegration. Gleichzeitig begünstigen sich das Interesse an politischen Entwicklungen in Deutschland und an der Türkei gegenseitig. Im Umkehrschluss heißt das, dass die transnationale politische Orientierung (unabhängig von bestimmten politischen Einstellungen) trotz fortschreitender Integration auch zukünftig von Bedeutung sein dürfte. Damit bleiben aber potenziell auch autoritäre und demokratiedistante Ausprägungen dieser Orientierung ein Thema (vgl. Sauer und Halm 2018, S. 519).

So stellt sich die Frage nach politischer und Demokratiebildung in Einwanderungsgesellschaften. Denn wenn das politische Interesse und das politische Engagement von Bürger*innen mit Einwanderungsgeschichte sich jenseits eines rein nationalstaatlichen Rahmens bewegt, muss auch das Werben für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftliche Pluralität auf diese grenzüberschreitenden Orientierungen beziehbar sein. Zugleich gilt es aber auch, Partizipationsdefiziten, die aus der Einwanderungsgeschichte resultieren, in Deutschland zu begegnen und mehr politisches Engagement (im nationalen Rahmen) zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund hat das Essener Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung, gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung, im Jahr 2019 lokale Dialogveranstaltungen für Türkeistämmige mit zwei Zielsetzungen durchgeführt. Erstens sollte durch die Ermöglichung von Dialog über politische, religiöse, generationale und weltanschauliche Grenzen hinweg ein Beitrag zur Verständigung innerhalb der Gruppe der Türkeistämmigen geleistet werden. Durch Identifikation gemeinsamer Interessen galt es zudem, unmittelbar die politische Partizipation zu fördern. Zweitens war das Ziel, vor dem Hintergrund des oben angesprochenen politischen Transnationalismus Ansatzpunkte für die politische Bildung zu identifizieren, indem auf der Grundlage der Auswertung der Veranstaltungen tatsächliche (und nicht in der öffentlichen Hegemonialdebatte nur unterstellte) Konflikt- und Problemmuster, mögliche Interventionsmöglichkeiten und besondere Zielgruppen erkennbar werden, sowohl hinsichtlich der Förderung von demokratischem Konsens als auch (grenzüberschreitenden) politischen Engagements.

2 Fragestellung vor dem Hintergrund der Forschungslage

Unsere Untersuchung von Konflikten und möglichen Zielgruppen für Interventionen durch die politische Bildung knüpft an Forschungen zum politischen Engagement Eingewanderter an, um Desiderate zu adressieren und systematische Kategorisierungen vornehmen zu können. Die Gruppe Türkeistämmiger mit in der deutschen Integrationsdebatte problematisierten Einstellungen, repräsentiert etwa durch die Sympathie gegenüber Erdoğan und seiner AKP, ist nicht klar konturiert: Sauer und Halm (siehe 2018, S. 514–515) arbeiten heraus, dass der AKP-Zuspruch bei politisch an der Türkei interessierten deutschen Staatsbürger*innen der Nachfolgenerationen mit guter Sozialintegrationsbilanz, guten subjektiv wahrgenommenen politischen Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland und einer Identifikation mit der deutschen Gesellschaft im Vergleich zu anderen türkeistämmigen Gruppen eher selten ist (aber auch hier bei einer großen Minderheit vorkommt). Letztendlich lassen sich politische Einstellungen und Parteipräferenzen nur sehr bedingt auf sozioökonomische und soziodemographische Merkmale zurückführen, was schon für den nationalen Rahmen gilt (vgl. Rudi und Schoen 2014, S. 420). Die Modellierung der politischen Einstellungen *grenzüberschreitend* orientierter Eingewanderter ist nochmals schwieriger, wenn es gilt, die politische Sozialisation, aber auch politische Interessen, Motive, Diskurse, Milieus, Beteiligungschancen und Organisationsfelder zu berücksichtigen, um nur die wichtigsten Aspekte zu nennen (vgl. Guarnizo et al. 2013).¹ Dabei ist davon auszugehen, dass individuelle, nicht gruppenbezogene Merkmale der Sozialintegration für die politische Orientierung eine bedeutende Rolle spielen (vgl. McIlwaine und Bermúdez 2011), die umso schwieriger modelliert werden können. Spies et al. (2019) zeigen diesbezüglich aber, dass, be-

¹ Insbesondere das Wahlverhalten ist Gegenstand von Theoriebildung, wobei sich die Ansätze je nach disziplinärer Orientierung (geographisch, soziologisch, sozialpsychologisch, ökonomisch-handlungstheoretisch) hinsichtlich der als bedeutsam angesehenen Determinanten unterscheiden. Zu einem Vergleich der wichtigsten Theorien siehe Rudi und Schoen (2014). Für die Erklärung politischer Einstellungen ist das Konzept der politischen Sozialisation zentral. Politische Sozialisation ist laut Meyer (1995, S. 486) der individuelle Erwerb von Orientierungsmustern gegenüber politischen Gegenständen im Rahmen der Herausbildung politischer Kultur, unter Verweis auf Almond und Verba (1963). Aufgrund des Erhebungsdesigns ist die vorliegende Untersuchung an diese Theorien und Konzepte nicht anschlussfähig, wobei davon auszugehen ist, dass die politische Sozialisation als dynamischer Prozess grundsätzlich nur bedingt im Rahmen empirischer Erhebungen zu erfassen ist (vgl. Meyer 1995, S. 486). Die transnationale Perspektive erhöht die Komplexität hier zusätzlich. Allerdings lassen sich aus unserer Betrachtung Hinweise ableiten, in welche Richtung Erklärungsansätze politischer Orientierungen in der Migration gehen können (z. B. handlungstheoretisch vs. sozialpsychologisch).

zogen auf das Wahlverhalten von Eingewanderten, allgemeine Modelle keine Erklärungsdefizite gegenüber migrationspezifischen aufweisen, allerdings gilt dies nur für deutsche Staatsbürger*innen und auch nicht bezogen auf politische Orientierungen in Richtung des Herkunftslandes, zumal über das Wahlverhalten hinaus. Insgesamt ist die Erklärung politischer Einstellungen aufgrund makrosoziologischer Modelle allein nicht erschöpfend möglich, umso weniger in grenzüberschreitenden Kontexten.

Der vorliegende Artikel leistet einen Beitrag zu Modellierung (grenzüberschreitender) politischer Partizipation und politischen Einstellungen von Eingewanderten, indem er Gruppendiskussionen mit politisch engagierten türkeistämmigen Multiplikator*innen analysiert. An diese Analyse sollte die eingangs formulierte Zielsetzung der Verbesserung von Partizipation und politischer Bildung in der Einwanderungsgesellschaft anknüpfen können.

Die Teilnehmenden dieser Diskussionen konnten hinsichtlich der Einwanderergeneration, regierungsnaher und oppositioneller Haltungen und ihrer politischen Engagementkontexte qualifiziert werden (siehe Kapitel 3.1). Kontrastierende politische Einstellungen wurden in den Diskussionen bezogen auf unterschiedliche, von der Moderation vorgegebene politische Themen deutlich (siehe Kapitel 3.2).

Der Text nimmt eine differenzierte Betrachtung der Engagementkontexte der politisch engagierten Türkeistämmigen vor. Speziell hierzu existieren bisher nur wenige Erkenntnisse. Die Verbindung zu eigenkulturellen Organisationen (migrantische Organisationen, kurz ›MOs‹) als eine Engagementvariante steht dabei nicht automatisch im Zusammenhang mit politischen Interessen am Herkunftsland (vgl. Jacobs et al. 2004). Entsprechend ergibt auch die bloße Prüfung von Zusammenhängen zwischen politischem Interesse an der Türkei und der Verbindung zu MOs keine statistisch belastbaren Ergebnisse (Sauer und Halm 2018, S. 518). Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich MOs sowohl hinsichtlich des Umfangs ihrer grenzüberschreitenden Kontakte als auch hinsichtlich grenzüberschreitender Organisationsziele unterscheiden. In Anlehnung an Überlegungen von Fauser (2013) differenzieren Halm und Sauer (2021) vier idealtypische MOs:

- *nationale Eingewandertenorganisationen*, die gesellschaftliche Teilhabe im Ankunftsland fördern.
- *transnationale Eingewandertenorganisationen*, die über die Einflussnahme auf Herkunftsländer die Situation von Eingewanderten in den Ankunftsländern verbessern wollen (z. B. bezogen auf aufenthalts- oder staatsangehörigkeitsrechtliche Fragen).
- *nationale Diaspora-Organisationen*, die durch politische Arbeit im *Ankunftsland* Veränderungen im Herkunftsland bewirken wollen (oftmals

oppositionelle Gruppen, denen effektive grenzüberschreitende Einflussmöglichkeiten fehlen).

- *transnationale Diaspora-Organisationen*, die an die Herkunftsgesellschaften angebunden sind und dort, wie gegebenenfalls auch im Ankunftsland, politischen Einfluss bezüglich bestimmter *herkunftslandspezifischer* Interessen nehmen (Halm und Sauer 2021).

Es gibt empirische Hinweise darauf, dass der weit überwiegende Teil der MOs in Deutschland auf Eingewandertenorganisationen entfällt, wobei das nationale Element deutlich dominiert. Unsere Vorgehensweise erlaubte die Zuordnung der Teilnehmenden an den Gruppendiskussionen zu den Organisationstypen (sowie zum Engagement in nicht-migrantischen Kontexten) und damit das Herausarbeiten von Zusammenhängen zwischen politischer Orientierung und Organisationszugehörigkeit. Dabei decken türkische Organisationen in Deutschland eine große politisch-ideologische Bandbreite ab, die auch gesellschaftliche Konflikte des Herkunftslandes abbildet (vgl. Çetinkaya 2000, S. 84–88). Allerdings sollten die vier Organisationstypen in der Realität kaum in Reinform auftreten, sondern MOs eines Typs auch oftmals Eigenschaften anderer Typen aufweisen; tatsächlich ist es beispielsweise unwahrscheinlich, dass eine nationale Eingewandertenorganisation keinerlei Herkunftslandkontakte unterhält.

Um Themenfelder und Zielgruppen für die politische Bildung unter Einbezug Türkeistämmiger zu erkennen, bedarf es sowohl eines Verständnisses der Konflikte in der Gruppe als auch der Perspektive der Repräsentation von politischen Einstellungen und Konflikten durch Organisationen und der Berücksichtigung sozialen und intergenerationalen Wandels. Damit ergeben sich die folgenden Fragenkomplexe:

- Welche politischen Konflikte lassen sich tatsächlich in der türkeistämmigen Community nachweisen?
- Wie beeinflussen unterschiedliche Engagementkontexte die politischen Orientierungen? Korrespondiert mit der Zugehörigkeit z. B. zu regierungsnahen türkischen Organisationen auch eine entsprechende politische Einstellung?
- Wie modifiziert die Migrationssituation ›importierte‹ politische Konflikte? Inwiefern sind solche Konflikte institutionalisiert, werden also in der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Organisationen sichtbar?
- Wie unterscheiden sich Einstellungs- und Konfliktmuster im intergenerationalen Vergleich? Wie verändern sich solche Muster also im Verlauf der Sozialintegration?

Eine Beantwortung dieser Fragen soll dabei helfen, Handlungsfelder, Zielgruppen und Themen für die politische Bildung in grenzüberschreitenden wie auch in nationalen Bezügen hinsichtlich der Türkeistämmigen in

Deutschland zu identifizieren. Es werden politische Partizipationsmuster sowie die damit gegebenenfalls verbundenen Risiken demokratiedistanter und autoritärer Haltungen sichtbar. Ebenso wird der Zusammenhang zwischen türkischer Organisationslandschaft und politischer Meinungsbildung deutlich, was Implikationen für die Kooperation von politischer Bildung und MOs mit sich bringt.

3 Vorgehensweise

3.1 Datenerhebung

Unsere Befunde resultieren aus Beobachtungen in sieben Diskussionsveranstaltungen mit lokalen Multiplikator*innen der türkischen Community. Diese sieben lokalen Veranstaltungen wurden in Nordrhein-Westfalen mit jeweils rund zwanzig Teilnehmenden durchgeführt, die je nach Standort unterschiedliche thematische Schwerpunkte aufwiesen: kulturelle Teilhabe, religiöse Diversität, soziale Ungleichheit, universale Werte und Menschenrechte, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, politische Partizipation, grenzüberschreitende Orientierungen und Lebensweisen. Diese Veranstaltungsthemen waren nicht trennscharf. Sie fungierten einerseits als Diskussionsimpulse und andererseits als Hinführung auf migrationsbezogene politische Interessen.

Die Methode der Gruppendiskussion schien für unsere Fragestellung insbesondere deshalb geeignet, weil es um die Erhebung von durch die Gruppen weitgehend selbst bestimmten politischen Themensetzungen sowie diesbezüglicher (Konflikt-)dynamiken ging, was gerade im Rahmen von Gruppendiskussionen ermöglicht wird (vgl. Flick 2002, S. 250).

Die Veranstaltungen dauerten je 2,5 Stunden. Die Akquise der Teilnehmenden erfolgte aufgrund von Recherchen des Projekts an den Standorten und durch persönliche Ansprache im Vorfeld der persönlichen Einladung. In diesem Zusammenhang fanden in der Regel telefonische Vorgespräche mit den Einzuladenden statt, in denen die allgemeinen Projektziele bzw. das Konzept der Veranstaltungen erläutert wurden. Die Veranstaltungen wurden systematisch protokolliert und ausgewertet, um typische Einstellungen sowie Konflikte und mit diesen Konflikten verbundene Akteur*innen zu erkennen. Hierzu wurden während der Veranstaltungen durch ein Mitglied des Forscher*innenteams nach entsprechender Aufklärung der Teilnehmenden zu Veranstaltungsbeginn Protokolle angefertigt, die Impulse der Moderation sowie Statements der Teilnehmenden anonym, aber personenbezogen festhielten. Dabei wurden die Statements der Teilnehmenden den einzelnen Diskussionsimpulsen der Moderation zugeordnet, auf die sie sich jeweils bezogen. Der Protokollant beteiligte sich nicht an der Diskussion.

Die Themen, die im Rahmen der Veranstaltungen besprochen werden sollten, waren zunächst sämtlich migrationsbezogen, das heißt politische Entwicklungen in der Türkei waren nicht Gegenstand der Diskussionsimpulse durch die Moderation, da den Teilnehmenden selbst überlassen bleiben sollte, welche Bedeutung sie der Türkei bezogen auf ihre politischen Einstellungen zumaßen. Trotzdem kam dieses Thema in unterschiedlichem Umfang in den Veranstaltungen auf.

Im Rahmen von Vorstellungsrunden wurden die Teilnehmenden unter anderem gebeten, sich der ersten, zweiten oder dritten Eingewandertengeneration zuzuordnen.

Die Organisationszugehörigkeit der Teilnehmenden war aufgrund allgemein verfügbarer Informationen oder aus den Vorgesprächen bekannt (MOs, Integrationsrat, deutsche Politik und Verwaltung). Die Organisationen wurden nach eingehender Diskussion im dreiköpfigen Projektteam und in Zweifelsfällen nach zusätzlichen Recherchen den vier Organisationstypen zugeordnet. Dabei zeigte sich das oben angesprochene Problem häufig vorkommender Mischformen. Dieses besteht weniger in der Feststellung des Merkmals transnational vs. national (da grenzüberschreitende Organisationsstrukturen entweder vorhanden sein können oder nicht), aber bezogen auf die Einwanderungs- vs. Diasporaorientierung, da Engagement mit Bezug auf das Herkunftsland, auch wenn es unter den Aufgaben nicht dominiert, oftmals nicht ausgeschlossen werden kann, insbesondere nicht bei transnationalen Organisationen. Dessen ungeachtet wurden die vorkommenden Organisationen eindeutig einem Typ zugeordnet, um eine hinreichende Varianz für die Analyse zu erhalten (die trotzdem noch dadurch gemindert wird, dass einige Teilnehmende sich in mehreren, unterschiedlich zugeordneten Organisationskontexten engagierten). Dies bedeutete im Wesentlichen, bei der Unterscheidung zwischen Eingewanderten- und Diasporaorganisationen von den *dominierenden* Tätigkeiten und Zielen der MOs auszugehen.²

2 Beispiele: Vereine der Alevitischen Gemeinde oder der DITIB haben i.d.R. grenzüberschreitende Netzwerke und wurden daher als transnationale Organisationen kategorisiert, unabhängig vom genauen Umfang dieser Netzwerke. Nationale Eingewandertenorganisationen waren demgegenüber etwa türkische Elternvereine, bei denen nicht erkennbar ist, dass grenzüberschreitende Strukturen in irgendeiner Form konstitutiv für die Organisationen sind. Obwohl die Alevitische Gemeinde auch das Ziel der Emanzipation des Alevitentums im Herkunftsland verfolgt, wurde sie als transnationale Eingewandertenorganisation kategorisiert (wie auch der Moscheeverband DITIB, Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.), weil die Integration und Akzeptanz des Alevitentums in Deutschland die Tätigkeit klar dominiert. Die UID (Union Internationaler Demokraten) steht demgegenüber für eine transnationale Diasporaorganisation, die, bei grenzüberschreitenden Strukturen, primär die Unterstützung der AKP-Regierung in der Türkei zum Ziel hat (obwohl sicher in Teilen auch die Zielsetzung besteht, die Etablierung Türkeistämmiger in Deutschland zu

Die Kategorisierung der Teilnehmenden in oppositionell vs. regierungsnah erfolgte ebenfalls in der Diskussion im Projektteam unter Hinzuziehung der Veranstaltungsprotokolle, wobei zugleich alle Teammitglieder auf jeder der Veranstaltungen persönlich anwesend waren und die Diskussion verfolgt hatten.³

Bereits während der Protokollierung wurden strittige Meinungen – Konflikte – zu einem bestimmten Thema markiert. Es handelt sich dabei um Statements von Teilnehmenden, die explizit im Widerspruch zu den Statements von anderen Teilnehmenden formuliert wurden, einschließlich von Beiträgen auch weiterer Teilnehmender zu der so entstandenen Debatte. Vereinzelt wurden Statements mehreren Konflikten zugeordnet. Anhand des so strukturierten Textkorpus wurden die Untersuchungsfragen (s. o.) beantwortet.

3.2 Auswertung

Jede*r Teilnehmende war damit durch eine Kombination der Merkmale Organisationskontext, Zugehörigkeit zu einer Eingewandertengeneration und Einstellung zur türkischen Regierung beschrieben. In einem ersten Schritt

unterstützen). Zu den seltenen nationalen Diasporaorganisationen zählen z. B. Ärzt*innenvereine in Deutschland, die sich zum Ziel gesetzt haben, medizinische Hilfe in der Türkei zu leisten.

³ Forschungsethische Fragen hat das Projekt wie folgt abgewogen: Der Umstand der Beobachtung und anonymen Protokollierung war den Teilnehmenden bekannt, ebenso wie die Absicht, die erhobenen Informationen für gegebenenfalls zielgruppenspezifische Hinweise zur Weiterentwicklung politischer Bildung zu nutzen. Das Projekt hat zugleich aufgrund der Beachtung der Datenschutzgrundverordnung und darüber hinaus darauf geachtet, dass aufgrund einer Selbstverpflichtung der Teilnehmenden keine Informationen, weder allgemeine noch personenbezogene, aus den Veranstaltungen bekannt wurden. Auf eine Auswertung nach Standorten und die Nennung von Veranstaltungsorten wurde bei der Auswertung verzichtet, um jede Rückführbarkeit von Aussagen auf konkrete Teilnehmende auszuschließen. Die Teilnehmenden waren über die einzelnen Fragestellungen sowie über die Kategorisierung nach politischen Einstellungen und Organisationszugehörigkeiten/-typen nicht informiert. Einerseits geschah dies aus pragmatischen Gründen, da eine erschöpfende Darstellung des Forschungsdesigns im Rahmen der Vorgespräche oder der Veranstaltungen nicht leistbar gewesen wäre, andererseits hätte vollkommene Transparenz womöglich auch die Validität der Daten beeinträchtigt und zu Verunsicherung der Teilnehmenden bzw. zu einer Absage der Teilnahme geführt. Bei den Teilnehmenden handelte es sich weit überwiegend um Multiplikator*innen, Kommunalpolitiker*innen, Vereinsfunktionär*innen und leitende Verwaltungsangestellte, sodass von einer besonderen Schutzbedürftigkeit nicht auszugehen war und die Vorgehensweise damit als angemessen eingeschätzt wurde. Wesentliche Ergebnisse der Auswertung, einschließlich der Kategorisierungen, wurden auf einer Abschlusskonferenz des Projekts vorgestellt, bei der 66, also über die Hälfte der Teilnehmenden der lokalen Veranstaltungen, anwesend waren. Hier bestand die Möglichkeit, die Auswertungsergebnisse zu kommentieren.

wurde nach häufig vorkommenden Merkmalskombinationen gesucht. So entstanden Teilnehmendenprofile, die später daraufhin geprüft werden konnten, inwiefern sie bestimmte Konflikte oder politische Einstellungen konstituieren. Daraufhin wurden die im Protokoll markierten Konflikte nach Diskussion im Projektteam gruppiert und zusammengefasst. Diese Vorgehensweise ermöglichte eine Abstraktion von Teilnehmenden und Diskussionsinhalten.

3.3 Reichweite der Aussagen

Die vorliegende Untersuchung hat die Exploration politischer Einstellungen und Konflikte der türkeistämmigen Gruppe in Deutschland zum Ziel. Dabei sind die Teilnehmenden der sieben Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen in keiner Hinsicht als repräsentativ für die Türkeistämmigen in Deutschland anzusehen, schon allein deshalb nicht, weil sich die Dialogangebote an Multiplikator*innen der Community richteten. Insofern kann die vertiefende Untersuchung auch keine belastbaren Aussagen über die Häufigkeit bestimmter Konflikte und Problemlagen treffen. Sehr wohl sind aber Aussagen darüber möglich, welche Einstellungen und Konflikte unter bestimmten Bedingungen und bei bestimmten Akteur*innen auftreten und welche Merkmale diejenigen Organisationen aufweisen, die Träger*innen bestimmter Konflikte und Einstellungen sind. Hier geht es um das *Verständnis* von Zusammenhängen, wobei davon auszugehen ist, dass die Äußerungen in den Veranstaltungen, die ja eben von Multiplikator*innen, Funktionär*innen, Politiker*innen usw. stammen, auf die Situation in der Gesamtgruppe beziehbar und nicht willkürlich sind.

4 Ergebnisse

4.1 Teilnehmendenstruktur

Beiträge von 102 Teilnehmenden wurden protokolliert und fanden Eingang in den Textkorpus, wobei in der Regel mehr als ein thematischer Beitrag durch eine*n Teilnehmende*n geleistet wurde (203 protokollierte thematische Beiträge). Die Beiträge der Teilnehmenden wurden den Moderationsfragen zugeordnet und dieselbe Frage betreffende Beiträge einer Person gegebenenfalls zusammengefasst. Insgesamt wurden 37 Moderationsfragen protokolliert, denen Teilnehmendenstatements zugeordnet wurden.⁴ Dabei war das

⁴ Unabhängig von den vorliegend ausgewerteten Daten wurden im Rahmen der Veranstaltungen Feedbacks mittels anonymer standardisierter Fragebögen eingeholt, um die Zufriedenheit der Teilnehmenden mit den Veranstaltungen zu erheben (N = 118). Diese Zahl ist

Geschlechterverhältnis ausgeglichen. Überdies war das Projekt darum bemüht, möglichst unterschiedliche Eingewandertengenerationen, Engagementkontexte und Meinungen einzubeziehen.

Die kategorisiert vorliegenden Informationen zu den Teilnehmenden betreffen, wie erwähnt, die Eingewandertengeneration, regierungsnah, oppositionelle oder neutrale/nicht bekannte Haltungen zur Politik in der Türkei sowie das Engagement in einer MO der vier oben vorgestellten Typen, im Integrationsrat und/oder in Politik und Verwaltung in Deutschland. Bei der Kategorisierung dieser Organisationszugehörigkeiten gab es Mehrfacheinträge. Die Tabelle zeigt die Verteilung dieser Merkmale unter den Teilnehmenden:

Tabelle: Kategorisierte Merkmale der Teilnehmenden (N = 102)

Merkmal	Anzahl Nennungen
<i>Eingewandertengeneration</i>	
erste Generation	12
zweite Generation	55
dritte Generation	35
<i>Politische Orientierung Türkei</i>	
neutral/nicht bekannt	64
Regierung	8
Opposition	30
<i>Engagementkontext (Mehrfachnennung)</i>	
keine	14
nationale Eingewandertenorganisation	28
transnationale Eingewandertenorganisation	30
nationale Diaspora-Organisation	3
transnationale Diaspora-Organisation	18
Integrationsrat	8
Politik/Verwaltung Deutschland	28

Über die Hälfte der Teilnehmenden entstammten der zweiten Eingewandertengeneration, hatten also mindestens ihre schulische Sozialisation in Deutschland erfahren. Soweit (bei einer Minderheit) die Einstellungen zur

nicht identisch mit derjenigen, die inhaltliche Beiträge zu den Veranstaltungen geleistet haben (N = 102) und die die Grundgesamtheit der vorliegenden Auswertung darstellen. Bezogen auf die Feedbackbögen waren 40 % der Teilnehmenden weiblich. 62 % besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit, das Alter der Teilnehmenden betrug zwischen 21 und 72 Jahren bei einem Durchschnittsalter von 43 Jahren. Die Aufenthaltsdauer in Deutschland lag zwischen 5 und 50 Jahren, im Durchschnitt bei 38.

türkischen Regierung bekannt waren, so erwiesen sie sich weit überwiegend als oppositionell. Nur 8 offenbare Regierungsanhänger*innen nahmen an den Veranstaltungen teil. Nationale und transnationale, deutschland- und türkei-orientierte Engagementkontexte waren relativ gleichgewichtig vertreten, mit der Ausnahme der nationalen Diaspora-Organisationen, bei denen es sich auch jenseits des Projekts um eine eher seltene Erscheinung handeln dürfte (MOs, die ausschließlich von Deutschland aus Ziele in der Türkei verfolgen).

Unter Bezug auf diese Kategorisierung sind grundsätzlich 54 Teilnehmendenprofile durch Kombination denkbar, wobei immerhin 39 auch tatsächlich vorkommen.⁵ Die nur 15 fehlenden Kombinationen resultieren weitgehend schon aus dem Umstand, dass die seltenen Aktivitäten im Integrationsrat, in nationalen Diaspora-Organisationen und die seltene Zustimmung zur türkischen Regierung schon mathematisch die Existenz aller theoretischen Kombinationsmöglichkeiten ausschließt. Dies ist ein durchaus bemerkenswerter, wenn auch nicht unerwarteter erster Befund, zeigt sich doch, dass viele Kombinationen von politischen Einstellungen, Engagementpräferenzen, Lebensalter und Migrations- und Integrationserfahrungen grundsätzlich vorkommen. Dennoch ergibt eine Sortierung der Teilnehmenden anhand der Merkmale eine teilweise Konturierung der Teilnehmendengruppe. Über die Hälfte der Teilnehmenden lässt sich einem der folgenden Profile zuordnen:

- Profil 1: politisch Neutrale der dritten Generation, die in nationalen Eingewandertenorganisationen aktiv sind (11 Fälle)
- Profil 2: politisch Neutrale der zweiten Generation, die in transnationalen Eingewandertenorganisationen aktiv sind (11 Fälle)
- Profil 3: politisch Neutrale der zweiten Generation aus Politik und Verwaltung in Deutschland (11 Fälle)
- Profil 4: Oppositionelle der zweiten Generation aus Politik und Verwaltung in Deutschland (10 Fälle)
- Profil 5: politisch Neutrale der zweiten Generation, die in nationalen Eingewandertenorganisationen aktiv sind (6 Fälle)

Zwei weitere Gruppen können durch die Zusammenfassung von Merkmalen beschrieben werden:

- Profil 6: Oppositionelle aller Generationen, die in nationalen oder transnationalen Eingewandertenorganisationen aktiv sind (13 Fälle)
- Profil 7: Regierungsnahe der zweiten und dritten Generation, die in Eingewandertenorganisationen oder im Integrationsrat aktiv sind (8 Fälle)

⁵ Ohne Berücksichtigung derjenigen ohne Engagementkontext. Die Mehrfachnennungen beim Engagementkontext führen zu insgesamt 129 Profilen, wobei einige Teilnehmende durch mehrere Profile beschrieben werden.

Hier deuten sich Pfade der politischen Sozialisation Türkeistämmiger in Deutschland an: Profil 4 beschreibt eine assimilierte Gruppe mittleren Alters – der zweiten Eingewandertengeneration – in deutschen politischen Kontexten, deren Angehörige die hier verbreitete kritische Sicht auf das Erdoğan-Regime teilen. Möglicherweise ist diese Gruppe tatsächlich noch größer, nämlich wenn auch in Profil 3 oppositionelle Haltungen vorhanden sind, die nicht kenntlich wurden. Demgegenüber ist eine regierungsnaher Gruppe, wenig überraschend, nur in Kontexten jenseits deutscher Parteien und Verwaltungen engagiert (Profil 7). Da dieses Engagement in geringerem Umfang gesellschaftliche Etablierung voraussetzt als die Tätigkeit in Parteien und Verwaltungen, umfasst diese Gruppe vermutlich auch (jüngere) Drittgenerationsangehörige. Dabei erfolgt das Engagement, erwartungsgemäß, in Diasporaorganisationen (die in der Türkei wirken wollen), aber nicht ausschließlich. Andererseits engagieren sich viele politisch Neutrale oder Oppositionelle, jenseits von deutscher Politik und Verwaltung, in Eingewandertenorganisationen, die in unterschiedlichem Umfang grenzüberschreitenden Charakter haben können, aber eben die Situation in Deutschland adressieren (Profile 1, 2, 5, 6). Wiederum mag hier die Zahl der oppositionellen Teilnehmenden höher sein als im Projekt erkannt. Mit dem Heranwachsen der dritten Generation und tendenziell nachlassenden Orientierungen in Richtung Türkei bekommen MOs eine eher nationale statt transnationale und einwanderungs- statt herkunftslandbezogene Qualität (Profil 1).

4.2 Mehrfachengagement

Die Mehrfacheinträge bei den Engagementkontexten führen möglicherweise zu einer Relativierung der oben festgestellten Pfade, weshalb eine Prüfung notwendig ist, inwiefern bestimmte Engagementkontexte (deutsche Politik, Eingewandertenorganisation, Diasporaorganisation), die oben unterschiedliche politische Sozialisationen zu konstituieren schienen, tatsächlich im Widerspruch stehen.⁶ Zugleich ist es sinnvoll, diese Frage einmal für alle (engagierten) Teilnehmenden zu prüfen, nicht nur für diejenigen, die einem Profil zugeordnet werden konnten. Die nationale Diasporaorganisation ist dabei mit nur 3 Nennungen insgesamt für mögliche Kombinationen eher bedeutungslos. Auch eher selten ist das Engagement im Integrationsrat (8 Nennungen). Diese Tätigkeit erfolgt immer in Kombination mit mindestens einem weiteren Engagement, zumeist in einer MO, ohne dass ein spezieller MO-Typ dabei überwiegen würde. Da die Integrationsräte Interessenvertre-

⁶ 25 Fälle mit Mehrfachnennungen bei 29 Kombinationen. Maximal entfallen 3 Engagementkontexte auf eine*n Teilnehmende*n. Nicht alle Teilnehmenden wurden überhaupt einem Engagementkontext zugeordnet.

tungsorgane von Migrant*innen sind, ist es naheliegend, dass die dortigen Interessenvertreter*innen gleichzeitig in migrantischen Organisationen aktiv sind. Dies sind aber nicht nur Eingewanderten- sondern auch Diasporaorganisationen (deren Ziele nicht ohne Weiteres in den ja lokalen Aufgabenbereich des Integrationsrats fallen). Nationale und transnationale Eingewandertenorganisationen werden kombiniert (zweimal), aber auch die gleichzeitige Tätigkeit in Eingewanderten- und in Diasporaorganisationen: Bei 58 Nennungen einer Tätigkeit in einer Eingewandertenorganisation wird diese immerhin 9-mal mit der Tätigkeit in einer Diasporaorganisation vereinbart. Die oben formulierte Tendenz der Orientierung in Richtung deutschlandbezogener MOs ist also nur unter Vorbehalt anzunehmen; Ankunfts- und Herkunftslandbezug beim Engagement können auch kombiniert werden.

Dies gilt prinzipiell auch für diejenigen, die in deutscher Politik und Verwaltung tätig sind; allerdings besteht hier doch die Tendenz, sich stärker in Eingewanderten- als in Diasporaorganisationen zu engagieren: Unter den 28 Nennungen der Tätigkeit in Politik und Verwaltung in Deutschland finden sich 8 Kombinationen mit Eingewandertenorganisationen, nur 3 mit Diasporaorganisationen. In der Gruppe der in Deutschland politisch Assimilierten findet also kaum Oppositionsarbeit in Diasporaorganisationen statt, wohl aber Engagement für Integrationsbelange in Eingewandertenorganisationen.

4.3 Konfliktmuster

In der Gesamtschau verliefen die sieben Veranstaltungen nur wenig konfliktthaft. Es wurden 26 Diskussionsfragmente dokumentiert, die als Konflikte zwischen den Teilnehmenden gewertet wurden. Hierin sind 94 Beiträge von 51 Teilnehmenden enthalten, also die Hälfte der Beiträge und Teilnehmenden insgesamt. Dabei ist das Verständnis von ›Konflikt‹ hier weit gefasst. Die ›Konflikte‹ sind an gesellschaftliche Auseinandersetzungen anknüpfbar, die in unterschiedlichem Umfang zu Problemen im Zusammenleben und für politische Regulierung führen können. Im Rahmen der Veranstaltungen wurden diese Widersprüche sachlich diskutiert. Die Konflikte lassen sich nach sechs Mustern sortieren zuzüglich einiger weniger nicht kategorisierbarer Konflikte.⁷ Folgend werden diese Muster anhand von Beispielen beschrieben.

⁷ Bei diesen 3 nicht kategorisierbaren Konflikten ging es darum, inwiefern türkische Unternehmen Verantwortung für die soziale Integration von Eingewanderten tragen, wie sinnvoll islamischer Religionsunterricht im Vergleich zu Ethik- oder konfessionsübergreifendem Religionsunterricht ist und inwiefern politische Präferenzen bezogen auf die Türkei und bezogen auf Deutschland zusammenhängen.

4.3.1 *Einfluss aus der Türkei auf die Situation Türkeistämmiger in Deutschland*

Diesem Muster können fünf Konflikte zugeordnet werden. Hier geht es um die Frage, inwiefern Einflussnahmen aus der Türkei politische Orientierungen beeinflussen, welche Rolle MOs als Vermittlerinnen solcher Einflüsse spielen und inwiefern die politische und soziale Integration Türkeistämmiger in Deutschland oder das Zusammenleben hierdurch beeinträchtigt werden. Dabei beziehen Vertreter*innen der Opposition durchgängig die Position, der Einfluss der Türkei auf türkische Organisationen und die türkeistämmige Bevölkerung in Deutschland sei zu stark. Hier kommen Angehörige von Profil 4 häufig vor, also diejenigen der zweiten Generation, die in deutscher Politik und Verwaltung tätig sind und oppositionelle Haltungen einnehmen. Bei dieser Gruppe besteht offenbar eine ausgeprägte Sensibilität gegenüber dem, was als ›Einmischung‹ aus der Türkei verstanden wird. Eine Gegenposition ist nicht klar konturiert, weder hinsichtlich der politischen Einstellungen noch hinsichtlich der Organisationszugehörigkeit. An den Konflikten beteiligen sich vornehmlich Angehörige der zweiten Generation. Dabei differenzieren sich diejenigen, die einen Einfluss der Türkei als eher irrelevant betrachten, in einerseits diejenigen, die diesen Einfluss gar nicht sehen und andererseits diejenigen, die ihn auf ein durch Ausgrenzung in Deutschland entstandenes Vakuum zurückführen und damit eher als Symptom von Ausgrenzung begreifen. Letzterer Argumentation bedienen sich einige Teilnehmende der dritten Generation.

Eine wachsende Politisierung von Religion durch türkische staatliche Stellen und muslimische Organisationen in Deutschland wird als Ursache für eine wachsende Bedeutung der religiösen Orientierung bei Jugendlichen diskutiert, wobei dieser Zusammenhang durch eine Profil 4 angehörende Person gesehen wird. Eine hinsichtlich ihrer Merkmale wenig konturierte Gruppe will demgegenüber Einflussmöglichkeiten nicht überschätzen und betont die Komplexität des Wertewandels. Auch wird auf reaktive Religiosität hingewiesen: Eine Person der dritten Generation, die sogar der Opposition zuzurechnen und in einer transnationalen Eingewandertenorganisation aktiv ist, formuliert, dass oft die Identifikation mit der »Heimat« (!) entscheidend für die Religiosität sei, auch wegen erfahrener Ausgrenzung in Deutschland. Bei diesem Konfliktmuster wird deutlich, dass ein Viktimisierungsdiskurs nicht allein von Teilnehmenden geführt wird, die der türkischen Regierung nahestehen (welche diesen Diskurs aber zweifelsohne anheizt, vgl. Özkan 2017).

4.3.2 ›Bring- und Holschuld‹

Ebenfalls fünf Konflikte können unter dem Muster ›Bring- und Holschuld bei der Integration‹ zusammengefasst werden. Hier geht es darum, ob Integrationsdefizite eher Ergebnis mangelnder interkultureller Öffnung und von struktureller und interaktionaler Diskriminierung sind oder diese Defizite trotz erfolgter interkultureller Öffnung weiter bestehen. Die Diskussionen bezogen sich auf die Felder politisches Engagement, Einbezug türkischer Unternehmen in die lokale Wirtschaft sowie die Wirksamkeit und Anerkennung der Tätigkeit der Integrationsräte. Es zeigt sich keine klare Kontur der Teilnehmenden hinsichtlich der Beantwortung der Frage, inwieweit Migrant*innen selbst für Desintegration in Deutschland verantwortlich sind. Insbesondere finden sich dieselben Teilnehmendenprofile auf beiden Seiten. Hier kommt wiederum zum Tragen, dass Viktimisierungsdiskurse sowohl von Regierungs- als auch von Oppositionsangehörigen und Neutralen geführt werden, was eine Durchmischung der Teilnehmenden bei den gegensätzlichen Positionen bewirkt. Die dritte Generation ist hier stärker engagiert als bei dem zuvor berichteten Konfliktmuster, allerdings ohne einheitliche inhaltliche Positionierung. Von Angehörigen des Profils 7, also Regierungsnahen in transnationalen Diasporaorganisationen (nicht selten der AKP-Auslandsorganisation UID), wird oftmals auf Diskriminierung hingewiesen, allerdings auch nicht durchgängig und auch unterstützt von Oppositionellen in anderen Engagementkontexten: Dies gilt z. B. für die Einschätzung, Engagement für die deutsche Gesellschaft würde oft schon in der Schule durch dortige Ungleichbehandlung konterkariert. Dabei rekurren die Teilnehmenden (nicht ausschließlich) auf eigene Erfahrungen in ihrer Schüler*innenrolle in Deutschland; das gilt auch für Teilnehmende der dritten Generation. Insgesamt ist der Eindruck weit verbreitet, Türkeistämmige würden in der Schule diskriminiert.

4.3.3 *Universalität von Grundrechten und die Pflicht, sie zu verteidigen*

Dieses Muster fasst vier Konflikte zusammen. Hier diskutierten die Teilnehmenden, inwiefern die in Deutschland anerkannten Grundrechte Allgemeinverbindlichkeit beanspruchen können und die Verpflichtung besteht, ihnen auch in der Türkei Geltung zu verschaffen. Eine Diskussion kreiste darüber hinaus darum, ob Ängste der Gesellschaft im Zielland vor einer fehlenden Verfassungstreue der Türkeistämmigen gerechtfertigt sind. Dabei bewegten sich die Konflikte teils auf einer Metaebene, auf der die Diskussion selbst zum Gegenstand wurde: Inwiefern ist die Auseinandersetzung um universelle Werte ein Instrument des ›Otherings‹ seitens des Teils der Gesellschaft ohne Migrationsgeschichte? Die Teilnehmendenprofile sind auf dieses Konfliktmuster beziehbar, indem das regierungsnahen Profil 7 ausschließlich auf

der ›Othering‹-Seite vorkommt und das politisch assimilierte Profil 4 ausschließlich bei denjenigen, die die Universalität der Grundrechte betonen. Darüber hinaus sind Organisations- und Generationszugehörigkeiten sowie auch politische Präferenzen aber über die beiden Parteien verteilt.

Exemplarisch skizzieren wir den Konflikt um die Frage, inwiefern die Rechte und Werte des Grundgesetzes als universell anzunehmen sind: Die politisch an Deutschland assimilierte Position von Profil 4 lautet: »Das Grundgesetz ist Auftrag, sich auch in der Türkei für Demokratie einzusetzen«. Die von Profil 7 vertretene Gegenposition relativiert dies mit dem Verweis darauf, dass gleiche Rechte für Eingewanderte nicht einmal in Deutschland realisiert seien. Alle anderen Positionen sind moderater, lassen sich aber dennoch weitgehend einer der beiden Seiten zuordnen. So wird von Erfahrungen berichtet, bei denen zwar Diskriminierung erlebt wurde, aber gerade der funktionierende Rechtsstaat in Deutschland Ungleichbehandlung verhindern konnte – was in der Türkei so nicht funktionieren würde.

4.3.4 Bedeutung von MOs als Akteurinnen in Deutschland

Ein drei Konflikte umfassendes Muster beinhaltet die Frage, inwiefern MOs aktuell und zukünftig wichtige Akteurinnen bei der gesellschaftlichen Integration sind bzw. sein sollen. Dies wird mit Bezug auf ihre Rolle in der politischen Bildung sowie in der türkischen Exilkultur diskutiert. Ein Konflikt thematisiert, inwiefern die MOs dazu beitragen, Spaltungen in der türkischen Community zu verstärken. Hier besteht eine Trennlinie zwischen den Teilnehmenden nach Organisationszugehörigkeit: Angehörige von MOs betonen die Bedeutung der Organisationen, Angehörige von deutscher Politik und Verwaltung spielen die Bedeutung der MOs eher herunter, sowohl was ihre tatsächliche als auch was ihre gewünschte Rolle angeht. Bei der Diskussion um die Rolle von MOs in der politischen Bildung wird auf eine geringe Reichweite und kleine Klientel der Organisationen verwiesen. Dies ist ein bemerkenswerter Befund, deutet er doch auf ein mögliches Konkurrenzverhältnis zwischen MOs und ›regulärer‹, also verfasster Interessenvertretung durch Türkeistämmige hin. Mitglieder des Integrationsrates waren an diesem Konflikt nicht beteiligt.

4.3.5 Spaltung der Türkeistämmigen in Deutschland

Dieses Muster umfasst vier Konflikte. Hier geht es zunächst um Trennlinien innerhalb der Gruppe der Türkeistämmigen in Deutschland – und zwar in mehrerlei Hinsicht: Ein Konflikt dreht sich um die Legitimität der Formulierung von Interessen entlang ethnischer und religiöser Unterschiede in der türkischen Bevölkerung, worin ein Teil der Teilnehmenden eine Gefährdung der nationalen Einheit der Türkei sieht. Ein zweiter Konflikt thematisiert,

inwiefern angesichts der (religiösen) Unterschiede unter den Türkeistämmigen überhaupt gemeinsame Interessen formuliert werden können, ein dritter die Existenz von innertürkischem Rassismus. Der vierte Konflikt wirft die Frage auf, ob eigentlich innertürkische Spannungen oder solche zwischen Türkeistämmigen und dem deutschen ›Mainstream‹ das gravierendere Problem im Zusammenleben sind. Die Konfliktparteien sind hier konturiert: So kommen Angehörige der Profile 1 (Drittgenerationsangehörige aus Eingewandertenorganisationen) und 6 (Oppositionelle aus MOs allgemein) häufig vor. Man könnte annehmen, dass die dritte Generation in (eben ankunftslandorientierten) Eingewandertenorganisationen vorhandene Trennlinien problematisiert, während diese von Oppositionellen aus MOs einschließlich solcher mit Türkeiorientierung eher legitimiert oder gelehnet werden. Diese Rollenverteilung zeigt sich tatsächlich, indem bei Profil 6 die Möglichkeit des Einbezugs von Alevit*innen in die Interessenvertretung von Muslim*innen eher ausgeschlossen sowie die Kluft zwischen Deutschen und Türkeistämmigen für weit gravierender als innertürkische Auseinandersetzungen gehalten werden. Demgegenüber beklagen Angehörige von Profil 1 unisono Rassismen und Spaltungstendenzen innerhalb der türkischen Community.

Türkische MOs leisten also einen gewissen Beitrag zur Institutionalisierung von innertürkischen Konflikten in Deutschland, zugleich ist innerhalb der MO-Landschaft aber auch eine Gegenbewegung feststellbar, getragen von der dritten Generation, die sich von solchen Konflikten emanzipieren und innertürkische Gegensätze überbrücken will.

4.3.6 *Rechtfertigungsdruck und Misstrauen in Deutschland*

Dieses letzte Muster fasst zwei Konflikte zusammen. Hier geht es um das Ausmaß von Rechtfertigungsdruck für die Politik in der Türkei, mit dem die Teilnehmenden in Deutschland konfrontiert sind und inwiefern dieser verständlich oder gerechtfertigt ist.⁸ Hier wurde auch thematisiert, ob Misstrauen der Deutschen öffentliche Aktivitäten Türkeistämmiger erschwert. Dieses Konfliktmuster wird teils durch die Teilnehmendenprofile 4 und 7 strukturiert, wobei jemand mit Profil 4 bezogen auf die Frage des Rechtfertigungsdrucks äußert: »Wir müssen gegen Einflussnahme aus Herkunftsland vorgehen!« Die anderen Teilnehmenden mit Profil 4, aber auch mit anderen Merkmalen und nach Organisationszugehörigkeiten und Generationen gemischt, bemühen eher Relativierungs- und wiederum Viktimisierungsstrategien, z. B.:

»Viel Negatives wird auf Türken projiziert, was bei transnationalem Engagement von Russlanddeutschen, Polen oder Amerikanern so nicht der Fall ist.«

⁸ Dieses Muster wird auch in einer anderen qualitativen Studie zu politischen Einstellungen Türkeistämmiger identifiziert (siehe Abadan-Unat et al. 2014, S. 19–20).

4.4 Engagementkontexte und politische Orientierungen

Unterschiedliche politische Sozialisationen zeigen sich tendenziell in unterschiedlichen politischen Engagementkontexten. Die wichtigsten Zusammenhänge bestehen hier in der Tätigkeit politisch Assimilierter in nicht-migrantischen Kontexten, der Tätigkeit von Integrationsräten in MOs und einem Bedeutungsverlust des transnationalen Elements im intergenerationalen Wandel (in dem Sinne, dass seltener politische Ziele bezogen auf die Türkei verfolgt werden). Politische Assimilation ist dabei mit Opposition gegen das herrschende türkische Regime assoziiert. Regierungsnahe sind oft in Diasporaorganisationen aktiv, leisten also Unterstützung für das türkische Regime in Deutschland bzw. von Deutschland aus. Analog können auch Oppositionelle mit Diasporaorganisationen verbunden sein, die in der Türkei gegen das Erdoğan-Regime arbeiten, wobei dies unter den Teilnehmenden aber nur sporadisch vorkam.

Diese Zusammenhänge deuten sich aber eher an, als dass sie den Teilnehmendenkreis wirklich strukturieren. Immer wieder werden diese Zusammenhänge schon deshalb durchbrochen, weil Mehrfachengagement gezeigt wird, das mit den beschriebenen Idealtypen nicht in Einklang zu bringen ist. Besonders die klare Unterscheidung von Ankunfts- und Herkunftslandbezug des Engagements ist schwierig. Relativ sicher ist, dass sich politische Assimilation in Deutschland einerseits und eine Unterstützung der türkischen Regierung und die Tätigkeit in Diasporaorganisationen andererseits zumeist ausschließen.

So wenig die Organisationszugehörigkeit den Teilnehmendenkreis klar strukturiert, so wenig ist eine Nähe zur türkischen Regierung per se mit problematischen, nationalistischen, autoritären oder demokratiedistanten Einstellungen verbunden. Diese deuten sich aber dennoch an, etwa, indem Angehörige des Profils 7 deutschen Medien tendenziöse Berichterstattung über die Türkei vorwerfen und sich diesbezüglich staatliche Kontrolle wünschen oder sich in MOs engagieren, um zu verhindern, dass die Türkei im Ausland in ein schlechtes Licht gerückt wird:

»Die Menschen in der Türkei fügen ihrem Land mit ihren Protesten Schaden zu. Eine Distanzierung davon ist nötig.«

Ebenso kommen aber unter den Angehörigen von Profil 7 auch sehr verständigungsfördernde und differenzierende Einstellungen vor, wie z. B. diese:

»Gegebenenfalls muss man sich von Entwicklungen in der Türkei emanzipieren, um den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland zu wahren. Das kann sich aber auch in transnationalen türkischen Organisationen in Deutschland so entwickeln. Dafür arbeite ich im Rahmen meiner Organisation.«

Sofern die Äußerungen der Teilnehmenden des Profils 7 als Zeichen ihrer gesellschaftlichen Desintegration einzustufen wären, so nicht aufgrund von Verstößen gegen ›westliche‹ Wertvorstellungen; im Gegenteil wird Gleichbehandlung und Diskriminierungsschutz von den Teilnehmenden durchgängig eingefordert. Vielmehr ist aber die Behauptung, die Türkeistämmigen seien als Opfer der Migration zu verstehen, weit verbreitet. Inwiefern diese Sicht berechtigt ist, steht hier zunächst nicht zur Debatte; allerdings finden sich sehr grundsätzliche Einlassungen der Art: »Türken kommen nicht an in Deutschland, generell«, was als potenzieller Desintegrationsbeitrag gewertet werden kann.

Es ist aber eben in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass diese Sichtweise, unterschiedlich dezidiert, keine Besonderheit der Teilnehmenden des Profils 7 ist, sondern durchgängig vorkommt, mit Ausnahme von Angehörigen des assimilierten Profils 4. Sofern also eine Neigung zu eher konservativen, die Regierung im Herkunftsland stützenden Positionen in der Migration besteht, dann im Falle der Türkeistämmigen deshalb, weil sich mit dem in Deutschland formulierten Rechtfertigungsdruck für Fehlentwicklungen im Herkunftsland die Wahrnehmung der eigentlichen Ursachen dieser Fehlentwicklungen verschiebt. So wird in einer Veranstaltung formuliert (durch eine politisch neutrale Person der zweiten Generation aus einer nationalen Eingewandertenorganisation):

»Viele Wegzüge von Akademikern finden aufgrund von Rechtfertigungsdruck in Deutschland statt; teilweise wird die AKP aus Trotz verteidigt.«

Obwohl die Politik Erdogans hier nicht verteidigt wird, rückt doch die deutsche Gesellschaft als Problemquelle in den Fokus. Anders formuliert: Ein empfundener Rechtfertigungsdruck steht der Formierung einer breiten Oppositionsbewegung in Deutschland eher entgegen als dass er sie fördert.

4.5 Institutionalisation und ›Import‹ von Konflikten

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Veranstaltungen insgesamt wenig konfliktträchtig verliefen. Dennoch ließen sich oben sechs Konfliktmuster identifizieren, die aber eben nur ansatzweise insofern institutionalisiert sind, als Auseinandersetzungen sich in der Organisationslandschaft der Türkeistämmigen ausdrücken würden. Institutionell manifest werden die Konflikte am ehesten entlang der Linie deutsche vs. migrantische politische Engagementkontexte, in geringerem Umfang auch zwischen Eingewanderten- und Diasporaorganisationen. Diese Konfliktlinien korrespondieren mit oppositionellen vs. regierungsaffinen Einstellungen, aber eben nur zum Teil.

Dies hat auch damit zu tun, dass nur zwei der sechs Konfliktmuster überhaupt mit den Konflikten zu tun haben, die in der deutschen Öffentlich-

keit problematisiert und als kohäsionsgefährdend wahrgenommen werden: der Einfluss der Türkei auf die Türkeistämmigen in Deutschland und die Universalität von Grundrechten. Die anderen vier Konflikte betreffen in der Breite kaum wahrgenommene Interna der ›Community‹ sowie Integrations-schwierigkeiten, deren Ursache die Türkeistämmigen in Deutschland verorten. Hier wird dann das Regierungs-/Oppositionsschema kaum noch wirksam. Vielmehr gibt es ein starkes, oben schon erwähntes verbindendes Element in den Veranstaltungen, nämlich den regelmäßigen Verweis auf die Benachteiligung und Ausgrenzung der Türkeistämmigen. Diese Argumentation existiert über politische Orientierungen, Generationen und die unterschiedlichen migrantischen Engagementkontexte hinweg. Die Arbeit gegen Diskriminierung und Benachteiligung findet dann auch in MOs ganz unterschiedlicher Prägung statt, sodass hier ein gemeinsames, verbindendes Aktivitäts- und Aufgabenfeld besteht. Die festgestellten Konflikte sind daher in nur geringem Umfang institutionalisiert. Gefährdend für den (politischen) Zusammenhalt in Deutschland ist demgegenüber die verbreitete Wahrnehmung von Marginalisierung unter den Türkeistämmigen.

Dieser Befund bedarf der weiteren Diskussion und Prüfung. Aus der Türkei ›importierte‹ Konflikte scheinen jenseits der Beobachtungen in den Veranstaltungen sehr virulent, sei es durch die Betroffenheit von Familien und Freunden in Deutschland durch Verhaftungswellen und Berufsverbote in der Türkei oder den Kurdenkonflikt: Zum Teil mögen diese Konflikte in Deutschland in einem gewissen Umfang öffentlich inszeniert sein und nicht tief in der Community wurzeln, zum Teil mögen in den Veranstaltungen oppositionelle Minderheiten auch zu schwach vertreten gewesen sein. Fokussiert man die Wahrnehmung der Teilnehmenden hinsichtlich der Bedeutung von ›Konfliktimport‹ nach Deutschland, so wird dieser durchaus gesehen, auch wenn er in den Veranstaltungen selbst nicht reproduziert wurde. Eine Person der dritten Generation aus einer nationalen Eingewandertenorganisation formuliert es wie folgt:

»Die politische Polarisierung in der Türkei schwappt über nach Deutschland und hindert uns daran, uns um unsere Probleme in der Migration zu kümmern. Warum diskutieren Jugendliche auf Schulhöfen Probleme der Türkei der 1960er Jahre?«

Dieses Zitat illustriert auch die oben schon konstatierte Tendenz, sich in der dritten Generation beim politischen Engagement von Herkunftslandkonflikten zu emanzipieren.

4.6 Intergenerationaler Wandel?

Die Beantwortung der Frage, inwiefern intergenerationaler Wandel unter den Türkeistämmigen Einstellungs- und Konfliktmuster strukturiert, erweist

sich als schwierig. Sauer und Halm (2018, S. 511) stellen bezüglich des Vorkommens des Interesses an politischen Entwicklungen in der Türkei keinen Unterschied zwischen der ersten und den Nachfolgegenerationen fest, wobei aber die zweite und dritte Generation in der Analyse nicht unterschieden werden. Dieser Befund korrespondiert mit der Beobachtung einer auch allgemein zwischen den Generationen stabilen Identifikation mit der Türkei. Er scheint zunächst im Widerspruch zu dem hier berichteten (schwachen) Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zur dritten Generation, der Aktivität in nationalen Eingewandertenorganisationen (statt in transnationalen oder Diasporaorganisationen) und der Emanzipation von in der Türkei wurzelnden Konflikten zu stehen. Allerdings sind politisches Interesse und Engagement (das im vorliegenden Text abgebildet wurde) nicht gleichbedeutend, und möglicherweise entwickelt sich beides in der dritten Generation voneinander unabhängig, davon abgesehen, dass auch eine Abwendung von der Türkei in der dritten im Vergleich zur zweiten Generation stattfinden könnte.

Eine Durchsicht der Statements der Teilnehmenden der dritten Generation ergibt zahlreiche Hinweise darauf, dass bei ihnen das politische Interesse an der Türkei und das Engagement unterschieden werden müssen. Türkische Identitätsbestandteile und die Migrationsbiographie der Familie erweisen sich als noch immer bedeutsam in vielen Äußerungen, zugleich werden Aufnahmelandorientierung, Universalismus und Anerkennung in Deutschland thematisiert, aber eben nicht einer türkischen, sondern einer hybriden Identität jenseits eines Eindeutigkeitszwangs. Hieraus ergeben sich die politischen Engagementmotive vieler Angehöriger der dritten Generation unter den Teilnehmenden:

»Eigentlich habe ich türkische Belange nur durch meine Eltern wahrgenommen. Die Instabilität des Herkunftslands meiner Eltern macht mir Angst. Auch eine grenzüberschreitende Karriereplanung wird schwierig. Speziell der Rechtfertigungsdruck führt bei mir zu einer Beschäftigung mit Türkei.«

5 Schlussfolgerungen für die politische Bildung und die Forschung

Der Verlauf der Veranstaltungen war weniger konfliktträchtig als die verbreitete Wahrnehmung dies erwarten lassen würde. Auch tragen die Teilnehmenden zum Teil ganz andere Konflikte untereinander aus als in der Öffentlichkeit wahrgenommen und widmen sich anderen Themen als denjenigen, die in Deutschland als besonders kohäsionsgefährdend wahrgenommen werden.

Ausgangspunkt des hier berichteten Projekts war die Feststellung, dass grenzüberschreitendes politisches Interesse in Einwanderungsgesellschaften langfristig von Bedeutung bleiben und sich nicht durch umfassende Assimilation, bei der Sozialintegration und politische Partizipation im selben Tempo und gleichgerichtet verlaufen, erledigen wird. Gleichwohl existieren solche Assimilationsprozesse, bei Sauer und Halm (2018) speziell unter denjenigen mit Distanz zum türkischen Regime, in den hier analysierten Veranstaltungen repräsentiert durch Teilnehmendenprofil 4. Bemerkenswert ist, dass die unterschiedlich ausgeprägten Assimilationsentwicklungen unter den Teilnehmenden der Veranstaltungen letztendlich eine Trennlinie konstituieren, entlang derer Auseinandersetzungen verlaufen, die nicht nur die Politik in der Türkei betreffen, sondern auch mit der Rolle von MOs und der Bedeutung von Ausgrenzung und Diskriminierung zu tun haben. Es manifestiert sich hier möglicherweise ein Gegensatz nicht nur zwischen transnationalen Orientierungen und eines Teils der deutschen Gesellschaft ohne Migrationsgeschichte, sondern auch zwischen Assimilierten und transnational orientierten innerhalb der Türkeistämmigen. Diese Multikulturellen sind diejenigen, die mit herkömmlichen Maßnahmen der politischen Engagementförderung und Bildung womöglich nicht optimal erreicht werden.

Da sich grenzüberschreitende politische Orientierungen und migrationsbezogene Interessen eben nicht absehbar von selbst erledigen, gilt es, ihnen grundsätzlich zu Akzeptanz zu verhelfen, ebenso wie den MOs, die diese Interessen vertreten. Politische Bildung muss dazu beitragen, dass das Engagement unter den Prämissen von Pluralität, Demokratie und der Achtung von Grundrechten ausgeübt wird. Eine hier bestehende Schwierigkeit ist die verbreitete Wahrnehmung seitens der tuerkeistaemmigen Migrant*innen, in Deutschland benachteiligt und in ihren jeweiligen, sich im Generationenverlauf wandelnden und diversifizierenden Identitäten in Deutschland nicht anerkannt zu sein. Dieses Gefühl kann, so illustriert unsere Studie, den Boden für politische Instrumentalisierung seitens der Türkei bereiten und die Identifikation mit liberalen politischen Wertvorstellungen untergraben. Dieser Befund spricht für die Bedeutung einer sozialpsychologischen Perspektive, die eingangs in der Skizze der Forschungslage angesprochen wurde, für das Verständnis politischer Einstellungen in der Migration. Zudem geben unsere Ergebnisse Anlass zur Diskussion, inwiefern es mit Blick auf politische Einstellungen jenseits des Wahlverhaltens und bezogen auf das Herkunftsland zwingend einer Berücksichtigung migrations- und integrationsbezogener Aspekte bedarf.

Unsere Ergebnisse legen nahe, die Frage nach der ›politischen Orientierung in Richtung Türkei‹ zukünftig differenziert zu stellen, indem sich z. B. das politische Interesse am ›Herkunftsland‹ und aktives Engagement ausein-

anderentwickeln können – die dritte Generation agiert eher mit Aufnahme-landbezug. Intergenerationaler Wandel scheint sich eher in der Qualität der Orientierung in Richtung Türkei zu zeigen und nicht absolut.

Es ist davon auszugehen, dass Benachteiligungsgefühle auf struktureller und interaktionaler Diskriminierung basieren. Der Abbau solcher Benachteiligungen liegt jenseits der Möglichkeiten der politischen Bildung. Diese kann allerdings herausstellen, was der liberale Rechtsstaat auch den Türkeistämmigen mit Blick auf Gleichberechtigung und Diskriminierungsschutz zu bieten hat. Dieser Aufgabe sollte sie sich, auch gemeinsam mit MOs, verstärkt widmen, wobei sich Organisationen der dritten Generation mit starker Integrations- und Teilhabeorientierung als Kooperationspartnerinnen anbieten. Zugleich zeichnet sich aber auch ab, dass die in deutschen Beteiligungsstrukturen etablierten Akteur*innen mit türkischer Migrationsgeschichte migrantischer Interessenvertretung nicht immer aufgeschlossen gegenüberstehen müssen. Sie müssen jedenfalls nicht automatisch geeignete ›Brückenpersonen‹ sein, um Kooperationen mit MOs einzugehen, weil hier unter Umständen sogar in besonderem Maße Skepsis gegenüber eigenkulturellen Zusammenschlüssen bestehen kann und der eigene Weg der (politischen) Assimilation implizit zum allgemeinen Maßstab gemacht wird.

Dies schließt nicht aus, auch assimilative Partizipationswege zu fördern. Denkbar wären hier Informationsangebote zu den Engagementmöglichkeiten in deutschen Parteien bzw. die systematische Unterstützung der Parteien bei der Gewinnung migrantischen Engagements, aber auch die Heranführung an Engagement in nicht-migrantischen Vereinen und Initiativen. Möglicherweise können auch solche Initiativen in Partnerschaft mit geeigneten MOs ergriffen werden.

Schließlich wäre es auch lohnend, durch systematische Maßnahmen Türkeistämmige an Mitbestimmungsstrukturen in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen heranzuführen. Für die Gewerkschaften ist dies weitgehend gelungen (Benner und Ghirmazion 2017), in vielen anderen Bereichen noch nicht, wie zum Beispiel in Elternvertretungen in Schulen (Sacher 2012), wobei in diesem Bereich das Diskriminierungsempfinden zugleich besonders ausgeprägt ist. Überhaupt wird bei der Schilderung von Benachteiligungserfahrungen immer wieder auf die Schule rekurriert. Es scheint daher besonders wichtig, politische Bildung hier mit Antirassismussarbeit zu verknüpfen. Schule muss Gleichbehandlung auch für Einwandererjugendliche erlebbar machen und damit die Grundlage für ein glaubwürdiges Werben um die Werte des Grundgesetzes schaffen.

Literatur

- Abadan-Unat, Nermin, Volkan Çıdam, Dilek Çınar, Zeynep Kadirbeyoğlu, Selcan Kaynak, Bahar Özay, und Sercan Taş. 2014. Voting Behavior of Euro-Turks and Turkey's Presidential Elections of 2014. https://www.researchgate.net/publication/314207827_Voting_Behavior_of_Euro-Turks_and_Turkeys_Presidential_Elections_of_2014. Zugriff: 8.6.2020.
- Almond, Gabriel A., und Sydney Verba. 1963. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: University Press.
- Benner, Christiane, und Fessum Ghirmazion. 2017. Mitglieder mit Migrationshintergrund in der IG Metall – Gewerkschaften und Arbeitswelt als Wegbereiter für Integration. *WSI-Mitteilungen* 70: 296–300.
- Çetinkaya, Handan. 2000. Türkische Selbstorganisationen in Deutschland: neuer Pragmatismus nach der ideologischen Selbstzerfleischung. In *Einwandereretzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel*, Hrsg. Dietrich Thränhardt und Uwe Hunger, 83–109. Münster: Lit.
- Fauser, Margit. 2013. Disentangling Migrant Transnationalism. In *Migration and Organized Civil Society. Rethinking National Policy*, Hrsg. Dirk Halm und Zeynep Sezgin, 44–59. London: Routledge.
- Flick, Uwe. 2002. *Qualitative Sozialforschung: eine Einführung*. 6. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Guarnizo, Luis Eduardo, Alejandro Portes, und William Haller. 2003. Assimilation and Transnationalism: Determinants of Transnational Political Action among Contemporary Migrants. *American Journal of Sociology* 108 (6): 1211–1248.
- Halm, Dirk, und Martina Sauer. [2021]. Migrantenorganisationen. In *Handbuch Migrationssoziologie*, Hrsg. Antje Röder und Darius Zifonun. Wiesbaden: Springer VS.
- Jacobs, Dirk, Karen Phalet, und Marc Swyngedouw. 2004. Associational Membership and Political Involvement among Ethnic Minority Groups in Brussels. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30 (3): 543–557.
- McIlwaine, Cathy, und Anastasia Bermúdez. 2011. The Gendering of Political and Civic Participation among Colombian Migrants in London. *Environment and Planning A: Economy and Space* 43 (7): 1499–1513.
- Meyer, Ulrich. 1995. Politische Sozialisation. In *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Uwe Andersen und Wichard Woyke, 486–488. Bonn: bpb.
- Mügge, Liza. 2016. Transnationalism as a Research Paradigm and Its Relevance for Integration. In *Integration Processes and Policies in Europe: Contexts, Levels and Actors*, Hrsg. Blanca Garcés-Mascareñas und Rinus Penninx, 109–125. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Özkan, Hülya. 2017. In *Erdogans Visier. Warum er die Deutschtürken radikalisieren will und was das für uns bedeutet*. München: Knauer.
- Rudi, Tařana, und Harald Schoen. 2014. Ein Vergleich von Theorien zur Erklärung von Wählerverhalten. In *Handbuch Wahlforschung*, Hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen, 405–433. Wiesbaden: Springer VS.
- Sacher, Werner. 2012. Schule: Elternarbeit mit schwer erreichbaren Eltern. In *Erziehungs- und Bildungspartnerschaften. Grundlagen und Strukturen von Elternarbeit*, Hrsg.

- Waldemar Stange, Rolf Krüger, Angelika Henschel, und Christoff Schmitt, 297–303. Wiesbaden: Springer VS.
- Sauer, Martina, und Dirk Halm. 2018. Grenzüberschreitende politische Orientierungen Türkeistämmiger in Deutschland. *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 46 (4): 493–526.
- Spies, Dennis C., Sabrina J. Mayer, und Achim Goerres. 2019. What are we Missing? Explaining Immigrant-origin Voter Turnout with Standard and Immigrant-specific Theories. *Electoral Studies*, <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.102103>. Zugriff: 8.6.2020.